

■ WIRTSCHAFTSCHRONIK

I. QUARTAL 2002

12 EU-Länder führen mit 1. Jänner 2002 den Euro auch als Bargeld ein. Nun steht die Institutionenreform an, die vom „Konvent“ erarbeitet werden soll. Anlässlich des Frühjahresgipfels des Europäischen Rates wird für die Liberalisierung der europäischen Energiemärkte ein Zeitplan festgelegt. Globalisierung und Liberalisierung bilden auch die Schwerpunktthemen des Jahrestreffens des World Economic Forum oder der UNO-Konferenz über Entwicklungsfinanzierung. Die Entwicklungsländer streben vor allem den freien Zugang zu den Agrar- und Textilmärkten der Industrieländer. Die Wirtschaftskrise in Argentinien führt nach der Aufhebung der Dollarbindung des Peso zu Ausschreitungen der Bevölkerung.

1. Jänner: Spanien übernimmt den Vorsitz des Europäischen Rates.

Die Einführung von Euro-Münzen und -Banknoten beginnt in den 12 Mitgliedstaaten des Eurosystems (Belgien, Deutschland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Finnland).

AUSLAND

7. Jänner: Die Regierung Argentinien hebt die seit 10 Jahren aufrechterhaltene Bindung des Peso an den Dollar auf und gibt eine Abwertung gegenüber dem Dollar um 30% bekannt.

31. Jänner: Als Zeichen der Solidarität mit den Opfern der Terroranschläge vom 11. September 2001 findet das Jahrestreffen des World Economic Forum nicht in Davos, sondern in New York statt. Globalisierung und Freihandel stehen im Mittelpunkt von Diskussionen. WTO-Generalsekretär Mike Moore und Vertreter des Währungsfonds fordern die Unterstützung der Industrie- und Entwicklungsländer bei der Liberalisierung der Agrarmärkte.

2. Februar: Die Zentralbank Litauens wechselt vom Dollar zum Euro als Ankerwährung des Litas.

28. Februar: Der EU-Reformkonvent wird eröffnet. Unter der Präsidentschaft von Valéry Giscard d'Estaing werden 105 Delegierte der Regierungen, des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente für eine 2004 anberaumte Regierungskonferenz eine Empfehlung zu Demokratisierung und Parlamen-

Abgeschlossen am 10. April 2002.

tarisierung ausarbeiten (http://europa.eu.int/futurum/index_de.htm). Ziel ist der Entwurf einer Verfassung für Europa.

3. März: In einer Volksabstimmung entscheiden die Schweizer, der UNO als Vollmitglied beizutreten.

15.-16. März: Der Europäische Rat tagt in Barcelona. Wie in der Strategie von Lissabon¹⁾ gefordert, wird das Frühjahrstreffen des Rates zur Klärung von wirtschaftlichen und sozialen Fragen genutzt. Neben der Diskussion erster Anzeichen eines Konjunkturaufschwungs werden die Abstimmung der Wirtschaftspolitik, Möglichkeiten der Realisierung von nachhaltiger Entwicklung und günstigeren Rahmenbedingungen für Unternehmergeist und Wettbewerb sowie die Stärkung des sozialen Zusammenhalts durch die Sozialagenda behandelt (<http://www.wifo.ac.at/bibliothek/archiv/E0045.pdf>).

Maßnahmen zur weiteren schrittweisen Liberalisierung der Energiemärkte werden anlässlich des Frühjahrsgipfels 2003 beschlossen werden – mit dem Ziel, bis 2004 mindestens 60% des europäischen Energiemarktes für Wettbewerb zu öffnen. Die Absicht einer vollen Integration der Wertpapier- und Risikokapitalmärkte bis 2003 und der Finanzdienstleistungsmärkte bis 2005 wird bestätigt. Rat und Parlament sollen Vorschläge zu Finanzsicherheiten, Verhinderung von Marktmissbrauch, Regeln für Finanzkonglomerate, Börsenprospekte und betriebliche Rentenfonds sowie internationale Rechnungslegungsstandards (IAS) vorsehen. Bis 2004 wird die Verwirklichung des „Europäischen Luftraumes“ geplant, die Verfügbarkeit von Breitbandnetzen soll bis 2005 verbessert werden.

Schon 2003 soll in den Schulen der EU je 15 Schüler ein PC mit Internetanschluss zur Verfügung stehen. Vom jüngsten Kindesalter an sollen zwei Fremdsprachen gelehrt werden. Vorgesehen ist eine Steigerung des Aufwands für Forschung, Innovation und Entwicklung bis 2010 auf 3% des BIP, wovon zwei Drittel von der Privatwirtschaft geleistet werden soll. Eine Einigung über das Gemeinschaftspatent ist anlässlich der nächsten Ministertagung vorgesehen. Um die Erwerbsbeteiligung der Frauen zu erleichtern, müssen bis 2010 für 90% der Kinder zwischen 3 Jahren und der Schulpflicht und für mindestens 33% der unter 3-Jährigen Betreuungsplätze verfügbar sein. Die Anhebung des tatsächlichen durchschnittlichen Pensionsantrittsalters um 5 Jahre soll bis 2010 erreicht werden.

18.-22. März: In Monterrey (Mexiko) findet die UNO-Konferenz über Entwicklungsfinanzierung statt.

¹⁾ Bis 2010 soll die Europäische Union „zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt werden, einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einen größeren sozialen Zusammenhalt zu erreichen“.

22 OECD-Staaten unterzeichnen den „Konsens von Monterrey“ (<http://www.wifo.ac.at/bibliothek/archiv/E0046.pdf>). Er sieht eine Steigerung der privaten Auslandsinvestitionen und der offiziellen Entwicklungshilfe auf die bisher nicht realisierte Zielvorgabe von 0,7% des BIP vor. Die Nehmerländer werden aufgefordert, für eine effizientere Verwendung der Geldmittel sowie die Bekämpfung der Korruption in ihren Ländern zu sorgen. Beide Seiten sind sich über die gegenseitigen Vorteile der Liberalisierung des Welthandels einig, dennoch beklagen die Entwicklungsländer den mangelnden Zugang zu den westlichen Märkten, die mit Subventionen und Einfuhrtarifen ihre Textil- und Agrarmärkte vor Importen schützen.

Die begünstigten Entwicklungsländer sollen ein demokratisches System aufweisen und die Gelder zugunsten der ärmsten Bevölkerungsschichten verwenden. Dabei versichern die USA und die EU, ihre Mittel für Entwicklungshilfe um 5 Mrd. \$ bzw. 7 Mrd. \$ zu erhöhen.

19. März: Simbabwe Mitgliedschaft im Commonwealth wird für ein Jahr suspendiert, nachdem der Bericht einer Beobachtergruppe über den Verlauf der Wahlen nicht zufriedenstellend ausfiel.

20. März: Die USA führen Zölle auf die Einfuhr von Stahl von bis zu 30% ein.

27. März: Die Europäische Union reagiert auf die von den USA eingeführten Zölle auf Stahl mit der Festsetzung von Einfuhrkontingenten für 15 Stahlsorten, um Umleitungsimporte zu verhindern. Bis zum Sommer 2003 soll ein Urteil der WTO im von der EU eingebrachten Streitschlichtungsverfahren gegen die USA vorliegen. Die EU fordert eine Kompensation für den Ausfall an Stahlexporten in die USA. Dies könne nach einer WTO-Entscheidung in Form von Schutzzöllen auf Importe der USA geschehen.

ÖSTERREICH

Auch in Österreich verlief die Bargeldeinführung des Euro reibungslos. Bis Ende Februar blieb der Schilling noch offizielles Zahlungsmittel. Die Regierung legt einen neuen Generalverkehrsplan vor, der eine mittelfristige Planung der Schienen- und Straßeninfrastrukturprojekte umfasst.

1. Jänner: Ab Mitternacht werden Euro-Münzen und -Banknoten ausgegeben. Bis Ende Februar gelten der Schilling und der Euro als Zahlungsmittel parallel. Euro-Scheine stehen in der Stückelung zu 5, 10, 20, 50, 100, 200 und 500 € zur Verfügung, Münzen zu 1 und 2 € sowie zu 1, 2, 5, 10, 20 und 50 Cent. Ende Februar 2002 sind noch Schilling-Banknoten im Wert von

1.416 Mio. € im Umlauf (Ende 2001: 10.317 Mio. €); der Scheidemünzenumlauf, der auch die Gold- und Silbermünzen umfasst, verringert sich bis Ende Februar von 2.487 Mio. € (Ende Dezember) auf 1.916 Mio. €. Bis Ende Februar ist die doppelte Preisauszeichnung in Euro und Schilling vorgeschrieben.

25. Jänner: Ministerin Forstinger stellt einen Generalverkehrsplan vor. Bis zum Jahr 2021 sollen demnach in die Straßen- und Schieneninfrastruktur 45 Mrd. € investiert werden. In einer ersten Etappe (bis 2011) werden 17,3 Mrd. €; davon fließen 6,3 Mrd. € in Straßenbauvorhaben und 10,9 Mrd. € in den Schienenausbau.

Schwerpunkte des Planes sind der Donau-Korridor (Wien–Linz–Salzburg) und der Südkorridor (Wien–Graz–Klagenfurt; <http://www.wifo.ac.at/bibliothek/archiv/E0035.pdf>).

1. März: Nach 77 Jahren endet die Ära des Schillings als österreichische Währung.

Zu den Lohnabschlüssen siehe Guger, A., „Wachstumsabschwächung schlägt sich in der Herbstlohnrunde 2001 nieder“, in Scheiblecker, M., et al., „Wachstum im Jahresverlauf stetig verlangsamt. Österreichs Wirtschaft im Jahr 2001“, in diesem Heft.

GÁBOR HUNYA
JAN STANKOVSKY

■ WIIW-WIFO DATABASE

FOREIGN DIRECT INVESTMENT IN CENTRAL AND EAST EUROPEAN COUNTRIES AND THE FORMER SOVIET UNION

Foreign direct investment is a prominent part of economic relations between Eastern and Western Europe, which is still insufficiently documented. This 12th report combines data stocks assembled by WIIW and WIFO, and it contains statistics on FDI in Eastern Europe and the former USSR since 1992, including preliminary figures on 2001 and projections for 2002. The structures, economic importance and current trends are documented and commented. Special attention is given to Austrian FDI in Eastern Europe. In addition to new investment and FDI stocks, the report also examines Austria's market shares. A methodological overview is included as an annex.

- *Introduction*
- *New Features of FDI Developments in 2000-2001*

FDI Trends in the CEECs and FSU Countries in 2001

Austria's position as an investor in Eastern Europe improved – Austria's direct investment in Eastern Europe – Almost 40 percent of new investment went to Slovakia in 2001 – Austria gets back market shares in Eastern Europe – Good correspondence between FDI statistics of Austria and the Eastern European countries

- *Methodology for the Compilation of FDI Data*

Czech Republic – Hungary – Poland – Romania – Slovakia – Slovenia – Russian Federation

Austria

- *Appendix*

Study by the Vienna Institute for
Comparative Economic Studies and
the Austrian Institute of Economic
Research • 50 pages • Updated
February 2002 • € 47,24

Download: http://titan.wsr.ac.at/wifosite/wifosite.get_abstract_type?p_language=1&pubid=21334